

Italien: Ein Haus der Freiheit für Migranten und Minderheiten

Einige Tage nach dem Wahlsieg der Rechtskoalition – ironischerweise selbstdefiniert als “Casa delle Libertá” (Haus der Freiheit), veröffentlichte die antirassistische Zeitung “3 Febbraio” einen Artikel mit der Überschrift: “Berlusconi gewann die Wahl.... und jetzt?”

In Italien, wie in Europa und allen westlichen Industrieländern existiert in der Beamtensprache ein “Migrationsproblem”, und die Regierungsaktivitäten schützen in keiner Weise die Grundrechte der Menschen auf Lebensperspektiven und Solidarität. Ihre einzigste Logik ist Profit, der Aufbau einer Festung gegen eine Invasion von “Babaren”, um den vorhandenen Reichtum zu sichern. Der § 40 (bekannt als “Turco-Napolitano 1998 aus dem Migrationsgesetz, verabschiedet durch das linke Pateienbündnis) löste nicht die Probleme der Migranten, sondern stellte diese unter die absolute staatliche Kontrolle. Drei Jahre später erhielten einige Migranten durch Erpressung, Bestechungen oder Fehlentscheidungen das berühmte Papier “permesso di soggiorno” (Aufenthaltsgenehmigung). Die Mehrzahl der Migranten erreichte nichts, 35.000 Menschen erhielten befristete Aufenthaltsgenehmigungen, weitere 35.000 Migranten, die seit vielen Jahren in Italien leben und arbeiten, müssen sich auch weiterhin verstecken. Die 200 000 Menschen die Italien nach 1998 erreichten wurden durch die italienischen Gesetze in die Illegalität getrieben. Diese Tatsachen deuten auf die gleiche Ausgangslage wie vor drei Jahren hin.

Aus diesem Grund bildete sich eine Koalition aus antirassistischen Initiativen und anderen linken Gruppierungen und forderten durch eine landesweite Kampagne “Bleiberecht für Alle”. Außerdem befürchten diese Gruppen eine starke Veränderung in der italienischen politischen Struktur nach dem Wahlsieg der Rechten. Eine Attacke der neuen Regierung gegen die sozial schwachen Klassen, speziell gegen Migranten wird durch noch restriktivere und diskriminierende Gesetze als die “Turco-Napolitano” Gesetze erwartet. Im Kern folgen sie aber dem Anliegen der vorherigen Regierungen unter Prodi und D’Alema, ihre Gemeinsamkeiten basieren auf den Zielvorgaben der dominanten Klassen. Migrantenbewegungen werden komplett durch Gesetze geregelt und die Möglichkeit der Falle “ Illegalität” durch einen Arbeitsvertrag zu entkommen, wird zerstört. Viele Menschen werden in ein Schicksal der Unsicherheit geschickt.

Nur wenige Wochen waren genug um zu sehen, daß diese Prognosen nicht übertrieben waren: jeder weiß was in Genua passiert ist.

Am 9. August präsentierten Herr Bossi (Lega Nord) und Herr Fini (Alleanza Nazionale) eine Diskussionsvorlage für eine neue Gesetzgebung zur Einwanderung. Aufgrund großer Uneinigkeit in der Regierungskoalition mußte die Diskussion vertagt werden, obwohl die Zielrichtung des Vorschlages angenommen wurde. Die internationale Gruppierung “Mi Ranchito” stellte fest, daß sich die Bedingungen für Migranten dramatisch verschlechtern werden, egal ob Papiere vorhanden sind oder nicht:

- die illegale Einwanderung (momentan als verwaltungsmäßige Unregelmäßigkeit betrachtet und durch Ausweisung bestraft) soll als Straftat

eingestuft werden

- Migranten ohne gültige Duldung können in speziellen Camps bis zu 600 Tagen interniert werden und dann ausgewiesen werden; verlassen die Menschen Italien nicht, können sie bis zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt werden
- ausgewiesene Migranten können während der nächsten 10 Jahre nicht wieder einreisen
- die Möglichkeit ein Visa durch eine Garantieerklärung ("Sponsor") eines legalen Bürgers in Italien zu erhalten, soll abgeschafft werden
- die Dauer einer Aufenthaltsberechtigung wird herabgesetzt und an ein Arbeitsverhältnis gekoppelt; bei einem unbefristeten Arbeitsvertrag wird die Berechtigung auf 2 Jahre ausgestellt, bei befristeten Verträgen auf 1 Jahr
- die "card of stay" (eine längerfristige Duldung) kann erst nach 8 Jahren legalen Aufenthaltes aufgehoben werden
- Arbeitgeber müssen die Kündigung eines Migranten sofort staatlichen Stellen mitteilen; der Arbeiter hat dann 6 Monate Zeit einen neuen Job zu finden, sonst wird ausgewiesen
- eine Familienzusammenführung ist nur noch möglich für Ehefrau/Ehemann und für Kinder unter 18 Jahren

Während des Ferienmonats August konnte einiger Widerstand organisiert werden. Am 25. August demonstrierten 200 Menschen in Mailand gegen die Thesen von Bossi & Fini. Organisiert wurde diese Demonstration von der interkulturellen Vereinigung "Mi Ranchito" und der antirassistischen Initiative "Todo Cambia". In vielen Initiativen wächst der Widerstand gegen die verschärften Richtlinien der neuen Regierung. In Capitanata (Foggia, Süditalien) demonstrierten 300 afrikanische Farmarbeiter gegen die geplanten Richtlinien und für verbesserte Arbeitsbedingungen. Über eine riesige Demonstration in Rom wird nachgedacht, um die Forderung für ein dauerndes Bleiberecht für alle nachdrücklich in die Öffentlichkeit zu tragen. Auf der anderen Seite versucht "Todo Cambia" durch einen offenen Brief alle Aktiven zu bündeln, um geschlossen und somit verstärkt die Gesellschaft für die sozialen Belange der Migranten zu sensibilisieren. Die Hauptforderung der Organisatoren ist eine Generalamnestie für alle Migranten. Dieser riesige Schritt würde die schwächeren Klassen vereinen und diese könnten sich verstärkt dem Kampf gegen die sozialen Ungerechtigkeiten in der Gesellschaft stellen.